

Wahl-Zeitung

Einzelpreis 10 Rpf.

Allgemeine Zeitung Halleische Zeitung

für Mitteldeutschland · Halleische Neueste Nachrichten Landeszeitung für Provinz Sachsen und Anhalt



Amtsblatt der Stadt Halle

und der Handelsregisterbehörde

Schriftleitung, Verlag: A. Bruns, Halle, für Straßhausstr. 16/17, S.-Fernr. 274 31 Tel.-Nr. 2412
 Einlegung Geschäftst. Reichsboten 6, Wallenbauring 1b, Rannische Str. 10, Geißstr. 42
 Im Jahr höhere (Stück) beträgt kein Anbruch an Zeitung oder Rückvergütung.

Monatlicher Preispreis mit Haftversicherung 1,85 RM, und 0,25 RM, Zulege-
 gebühr, durch die Post 2,30 RM, ohne Zulegegeb. Anzeigenpreis 0,15 RM, pro mm,
 die Zeilenzahl 0,50 RM, pro mm. Zeitungsverkauf in Halle, Volksheft des Amt. Zeitg. 228 H.

67. Jahrgang

Halle (Saale)

Montag, 7. November 1932

Sonder-Ausgabe.

Das Wahl-Ergebnis vom 6. November.

Partei	Stimmen	Sitze
Nationalsozialisten	11 705 256	195
Reichstagswahl 31. Juli 1932	13 772 748	230
Reichstagswahl 14. September 1930	6 280 465	110
Sozialdemokraten	7 231 404	121
vom 31. Juli 1932	7 053 986	133
vom 14. September 1930	8 575 699	136
Kommunisten	5 970 833	100
vom 31. Juli 1932	5 265 696	80
vom 14. September 1930	1 200 453	78
Zentrum	4 228 322	69
vom 31. Juli 1932	4 387 477	75
vom 14. September 1930	4 010 570	69
Bayerische Volkspartei	1 081 595	19
vom 31. Juli 1932	1 190 463	22
vom 14. September 1930	1 175 146	19
Deutschnationale	3 061 626	51
vom 31. Juli 1932	2 184 971	37
vom 14. September 1930	2 457 572	42
Deutsche Volkspartei	659 703	11
Reichstagswahl 31. Juli 1932	481 548	7
Reichstagswahl 14. September 1930	1 577 411	27
Deutsche Staatspartei	337 871	2
vom 31. Juli 1932	371 378	4
vom 14. September 1930	1 322 028	16
Christlich-Sozialer Volksdienst	412 523	5
vom 31. Juli 1932	384 749	4
vom 14. September 1930	869 766	21
Wirtschaftspartei	110 117	2
vom 31. Juli 1932	146 261	1
vom 14. September 1930	1 361 747	21
Deutsches Landvolk	46 486	3
vom 31. Juli 1932	91 316	1
Vollrechtspartei	46 068	—
vom 31. Juli 1932	38 788	—
Sozialistische Arbeiterpartei	45 036	—
vom 31. Juli 1932	73 982	—
vom 14. September 1930	—	6

Weiter erhielten: Thüringer Landbund 60 065 Stimmen, 1 Sitz; Deutsch-Sachsenpartei 63 989 Stimmen, 1 Sitz; Deutsche Bauernpartei 148 981 (Sitze siehe Landvolk); Württ., abgeben 35 379 011 Stimmen = 382 Sitze.

Koalitionen unmöglich.

Das Ergebnis der Wahl.

Nach dem kürzlichen Reichstagswahltag hat das deutsche Volk am 6. November wieder gewählt. In das Ergebnis ist wesentlich anderes als am 31. Juli? Man muß die Frage verneinen. Es sind zwar bestimmte Veränderungen eingetreten, Veränderungen aber, die das Gesamtbild nur nach einer Richtung hin beeinträchtigen. Nach dem 31. Juli wurden Verhandlungen oder Beratungen — oder wie man die Beipredigungen nennen will, in die gleiche Richtung — zwischen Nationalsozialisten und Zentrum verlegt, die darauf hinauszielten, eine arbeitsfähige Regierungsmehrheit zu bilden. Diese Beratungen haben zwar kein politisches Ergebnis gehabt, die Mandate der beiden Parteien hätten aber rein zahlenmäßig betrachtet genügt, im Reichstag eine Mehrheit zu schaffen, sie hätten zusammen nämlich 327 Sitze gehabt und damit bei 608 Abgeordneten eine Mehrheit. Diese Mehrheit — und das ist das wesentliche Ergebnis des 6. November — kann heute nicht mehr errechnet werden. Die Nationalsozialisten werden voraussichtlich mit 195 Abgeordneten in den neuen Reichstag einziehen, das Zentrum mit 70, die Bayerische Volkspartei, die vielleicht mit Nationalsozialisten und Zentrum nach dem 31. Juli in die Koalition gegangen wäre, mit 19 Vertretern. Ein Vergleich mit der Stärke dieser Parteien nach dem 31. Juli läßt erkennen, daß sie alle Verluste erlitten haben.

Die Nationalsozialisten werden mit einem Stimmenrückgang von etwa zwölf Prozent, die Bayerische Volkspartei mit einem solchen von 15 Prozent und das Zentrum mit einem geringeren Verlust von nun an rechnen müssen. Ihre Abgeordneten vermögen im neuen Reichstag — für den man bis zur Stunde 377 Abgeordnete errechnet hat — keine Mehrheit mehr aufzubringen, da sie voraussichtlich nur 283 Abgeordnete insamt vereinen können. Die Möglichkeit einer Koalition Nationalsozialisten, Zentrum, Bayerische Volkspartei ist also unmöglich geworden. Die Wahl vom 31. Juli hatte die Weimarer Koalition vertrimmert, diese Verbindung ist auch durch den 6. November noch härter reduziert worden, als durch die Juliwahl. An eine Wiederkehr einer Weimarer Koalition ist also nicht mehr zu denken. Alle Koalitionsmöglichkeiten, die an Regierung mit einer Parlamentsmehrheit ermöglicht wurden, sind durch die Entscheidung des Volkes getrennt worden, überhaupt vermischt.

Wie haben sich die einzelnen Parteien gehalten? Dem Reichstagswert ist, das auch der zeitlicher Spruch, der von den Sozialdemokraten hoffnungsvoll begrüßt

So wählte der Wahlkreis 11.

Partei	Stimmen	Sitze
Nationalsozialisten	281 283	15
Sozialdemokraten	157 121	8
Deutschnationale	220 742	12
Zentrum	122 099	6
Bayerische Volkspartei	100 870	5
Deutsche Volkspartei	172 069	9
Christlich-Sozialer Volksdienst	2 555	0
Wirtschaftspartei	8 875	0
Deutsches Landvolk	3 647	0
Ursprüngliche Sozialistische Arbeiterpartei	36 506	2
Volksrechtspartei	1 103	0
Sozialistische Arbeiterpartei	451	0
Landvolk	758	0
Wirtschaftspartei	243	0
Christlich-Sozialer Volksdienst	533	0
Deutschnationale	842	0
Sozialdemokraten	619	0

wurde, nicht die abgleitende Bewegung der Sozialdemokratie hat aufhalten können. Sie hat weiter Verluste erlitten, die ungefähr sein Prozent ihres bisherigen Landesausmaßes. Gewinner waren die Kommunisten, die aber vielleicht nicht nur von den Sozialdemokraten Eroberungen gemacht haben. Die Nationalsozialisten haben ihren Siegeszug, den sie in einer überraschend steigenden Kurve im September 1930 angetreten hatten, nicht fortsetzen können. Zuerst hat sie ihrem Aufstieg in die Zahl der von ihnen erreichten Stimmen geknüpft. Sie vertreten nicht mehr 13½ Millionen Deutsche, sondern etwa — bis zur Stunde liegen die endgültigen amtlichen Ziffern noch nicht vor — 11,7 Millionen. Die Politik der Partei, die von uns an den bemerkenswerten Stationen der politischen Entwicklung genigend gekennzeichnet worden ist, hat immerhin zwei Millionen Stimmen gefolgt. Sie sind in der Hauptphase wohl den Deutschen Nationalsozialisten zuzurechnen, die mit 50 Abgeordneten im Reichstag zu dem 30. von 31. Juli, in den Reichstag einziehen können. Darüber hinaus haben wahrscheinlich viele, die am 31. Juli mit großen Hoffnungen nationalsozialistisch gewählt haben, diesmal auf den Gang zur Urne verzichtet, nachdem ihnen in den letzten Monaten die Nationalsozialistische Partei nicht die Erwartungen erfüllt hat, die sie am 31. Juli für die Zukunft heuten.

Der bayerischen Volkspartei scheint vor allen Dingen das Auftreten des Ministerpräsidenten Feld in den letzten Wochen recht schicklich bekommen zu sein, denn ihr Verlust von etwa 15 Prozent ist viel härter als der Stimmenrückgang im allgemeinen. Das sollte für Herrn Feld doch eine Warnung sein, sich in Zukunft etwas mehr zu mäßen.

Die Kommunisten haben aufgeschoben und sind auf ein rundes hundert Abgeordnete angewachsen. Die große Wut und die trotzbare Arbeitslosigkeit, deren Beilegung durch die politische Unfähigkeit immer wieder labortiert wird, sind ihnen die besten Wahlheifer gewesen. Das Zentrum hat die Stimmen aus dem rechtssozialistischen Lager, die sich ihnen am 31. Juli voller Vertrauen angewandt hatte, nicht halten können. Man

ist hier wieder davongelaufen und hat anderweitig Unterformen gefunden oder verstreut verstreut. Die Deutsche Volkspartei konnte sich trotz der geringeren Wahlbeteiligung nicht nur behaupten, sondern noch Boden gewinnen und wird mit elf Abgeordneten in den neuen Reichstag einziehen. Dem Christlich-Sozialen Volksdienst ist gehalten, ebenso wie die Deutsche Bauernpartei. Die Staatspartei hat wahrscheinlich auf die Hälfte ihrer Abgeordneten verzichten müssen. Ganz sicher scheint das noch nicht, da die Partei in verschiedenen Wahlkreisen wohl gewisse Stichverbindungen hat und sich im allgemeinen bei den kleineren Parteien das Bild im letzten Augenblick immer noch geändert hat.

Jugendliche regierungsfähige Parlamentarier bringen der neue Reichstag nicht. Die Koalition Nationalsozialisten und Zentrum bleibt in der Minderheit. Die Weimarer Koalition ist erledigt. Was wird werden? Und wofür ist die Wahl eine Bestätigung?

Es wird auch nach dem 6. November Autorität & Unabhängigkeit von den Parteien, regiert, werden müssen. Damit hat der Reichspräsident noch einmal eine Bestätigung dafür gefunden, daß der Schritt, den er nach der Entlassung des Kabinetts Brünning machte, richtig war. Die Weimarer Koalition, die vom Vertrauen des Reichspräsidenten getragen wird, wird also bleiben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sie eine gewisse Verbreiterung dadurch erhält, daß etwa die Nationalsozialisten durch einige Minister aus ihrem Reihen dem Kabinett eine gewisse parlamentarische Anerkennung geben. Im Augenblick sieht das vielleicht unwahrscheinlich aus. Aber nach einem Wahlaufscheinlich ist ja doch die Dinge nicht weiter an. Auch die Verbreiterung dieser parlamentarischen Minderheitsregierung nach der Zentrumsseite liegt nicht ganz außer dem Bereich der Möglichkeiten. Das sind aber Erwägungen, die heute noch fernher liegen. Das Wesentliche dieser Reichstagswahl ist: Ein parlamentarisches Regieren in Deutschland nicht möglich, weil keine Koalition gebildet werden konnte, die eine sichere Mehrheit gewährt hätte. Es wird in Deutschland weiter aberparteilich regiert werden müssen. Ob allerdings Herr Brüning in der Lage sein wird, die großen Aufgaben, die ihm übertragen

werden, zu lösen, erscheint nach der ganzen Situation, wie sie sich heute nach einem ankerbeständigsthaft geführten Wahlkampf zeigt, höchst unwahrscheinlich.

Ruhiger Verlauf.

Die Nacht zum Wahlsonntag ist in Berlin weit ruhiger verlaufen als bei irgend einer der vielen Wahlen dieses Jahres. Es wurden insgesamt nur 44 Zwangsgefängnisse vorgenommen, davon fast außerdem eine ganze Anzahl mit dem Verbotsschutz in Zusammenhang. Am frühen Morgen ist es um zehn Uhr in der Hauptstadt angekommen. Es hat in der letzten Nacht nur zwei erwachsene neue politische Zusammenkünfte zwischen politischen Gegnern gegeben. In der Straßburger in Spandau kam es zu einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten, bei der ein Angehöriger der SPD, durch Mehrere und Schlägerei schwer und zwei andere Sozialdemokraten leicht verletzt wurden. Eine Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerangehörigen entwickelte sich auch in der Oberberg-Strasse im Norden Berlins. Dabei erlitten zwei Reichsbannerleute leichte Kopfverletzungen.

Nach am Sonntagmorgen vertrieben herrschte in den Straßen Berlins ungewöhnliche Ruhe. Abgesehen von den Pflasterräumen vor den Wahllokalen und die Wahlplakate an den Häusern deuteten fast nur auf die Wahl hin. Ein Polizeischneefeld war an den Hauptstraßen zu sehen.

Die Wahlbeteiligung war in den Vormittagsstunden noch außerordentlich schwach und wurde erst gegen Mittag etwas lebhafter. Fremdenverkehrs-Büros waren bis Mittag nicht zu besetzen.

Die Polizei, hat den Verkehr mit einer ganzen Reihe von Straßenbahnlinien am Sonntag früh wieder aufgenommen. Die Wagen fahren immer noch unter polizeilichem Schutz und sind meist voll besetzt. Umwühlungen verfahren noch nicht, dagegen sind einzelne Straßen der Untergrundbahn in Betrieb genommen worden.

In Bremen kam es in der Nacht zum Sonntag in verschiedenen Stadtteilen zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Im Westen der Stadt machten Kommunisten mehrfach von der Schusswaffe Gebrauch. Mehrere Nationalsozialisten wurden verletzt. Die Polizei nahm 50 Nationalsozialisten und etwa ebenso vielen Kommunisten dabei wurde ein Nationalsozialist schwer und mehrere Kommunisten und Nationalsozialisten leichter verletzt.

Attacke

Sür Politik und Wirtschaft

Verantwortlich: Paul B. Palm, Berlin W 57.
Druck und Verlag von Edmund Geilard G.m.b.H., Berlin SW 68

Nr. 12



Lügen um Hugenberg.

Sehen Sie über einen deutschen Politiker derart viel gelogen worden wie gerade über Hugenberg. Keine Verunglimpfung war gemein genug, keine Lüge zu raffiniert, keine Behauptung zu lächerlich, als daß man sie nicht Hugenberg nachsagt hätte.

Was soll dieser Mann alles sein: Sozialreaktionär, Großindustrieller, Freimaurer, ein sturer Bod-, Rahtolien-fresser, fünfzigfacher Millionär, Landesverräter, Dieb, Gauner, Verräter usw.

Alle diese Lügen werden von jenen Leuten in die Welt gesetzt, die den verhassten Hugenberg aus dem politischen Leben Deutschlands als den stärksten Gegner des nationalen Geistes herausbrechen wollen.

Gerade in den letzten Wahlwochen ist wieder eine Lügenflut über diesen Mann hereingebrochen. Da steht die „Rote Fahne“ brüderlich neben dem „Angriff“, der „Vorwärts“ neben den Zentrumsblättern, alle gegen einen!

Ist es nicht ein Beweis für die überragende Größe Hugengebgs, daß alle über ihn herfallen? Rogt, Sozi, Nazi und Zentrum?

Lüge: Viel Feind, viel Ehr!

Deutsche Männer und Frauen! Laßt euch nicht bedrücken! Hugenberg hat als einziger vor dem Young-Plan gewarnt, und alle haben ihn verrätzt, und er hat doch recht behalten.

Seht beschimpfen sie ihn alle wieder, und er wird doch legal!

Lüge:

Hugenberg ist Freimaurer.

Wahrheit:

Nach einer am 9. 12. 31 in Glogau gelegentlich einer Preisverleihung des deutschen nationalen Kreisgeschäftsführers Hennings gehaltenen Zeugenaussage Dr. Hugengebgs steht fest, daß an dieser Behauptung kein wahres Wort ist. In der kommissarischen Vernehmung sagte Dr. Hugenberg wörtlich: „Ich bin niemals Freimaurer gewesen, gewiss nie denn Großmeister einer Loge, und habe niemals zu der Freimaurerei irgendwelche Beziehungen gehabt. . . Ich habe ebenso unmittelbar oder mittelbar mit der Freimaurerei nicht das mindeste zu tun.“

Lüge:

Hugenberg ist Kriegs- und Inflationsgewinnler.

Wahrheit:

„Mit Vorliebe wird von dem Kriegs- und Inflationsgewinnler Hugenberg geschrieben, der sein höchstes Gese in Geldungen und anderen Unternehmungen angelegt, von der Not anderer unternehmungen angelegt, von der Not anderer unternehmungen angelegt, von der Not anderer unternehmungen angelegt. Das ist alles ein Kliefenswindel, eine politische Zwecklüge. Was ich da verwalte, ist nicht mein Vermögen und auch kein Inflationsvermögen. Wofür ich arbeite, sind nicht meine Interessen, sind überhaupt nicht die Interessen irgend jemandes oder irgendeiner Gruppe, sondern die Interessen unseres Volkes, so wie sie mir vor Augen stehen. . . Es ist vielmehr die aufbauende Arbeit für die nationale Gesamtheit. Das ist z. B. auch die Arbeit an einem nationalen Zweckermögen, wie sie mit Vergnügen ist, das nicht einem einzelnen, einer wirtschaftlichen Gesellschaft oder Gruppe oder einem wirtschaftlichen Gesellschaft oder Gruppe, über dem vielmehr — alles in den üblichen, den Steuer- und sonstigen Behörden bekannten Formen geschäftlicher Tätigkeit — ein Kreis sich selbst ergänzender nationaler Männer aus allen Berufen (nicht etwa ein Kreis einseitiger Wirtschaftler) steht, die darin etwas sind, daß sie mit ihrer Arbeit dem Vaterlande dienen wollen.“

(Hugenberg in einer Versammlung deutschnationaler Vertrauensmänner in Viefels; nach dem „Berliner Total-Anzeiger“ Nr. 247 vom 28. Mai 1926.)

Lüge:

Hugenberg ist 50facher Millionär.

Wahrheit:

Dieses Wort stammt von dem sozialdemokratischen preussischen Ministerpräsidenten Braun, der jetzt — nachdem das Gegenteil bewiesen ist — nicht gern wahrhaben möchte, daß er dies Wort über Hugenberg gebraucht hat. Hugenberg ist der Treuhänder eines aus nationalen Kreisen aufgetragenen Vermögens, das der Förderung nationaler Zwecke dient und an dem er selbst gar nicht beteiligt ist. Hugenberg ist Landwirt; er besitzt ein mittleres ererbtes Gut, das genau wie alle anderen landwirtschaftlichen Unternehmungen unter dem heutigen System zu kämpfen hat. Es wird kein einziger Fall angeführt werden können, in dem die Lebensführung dieses nationalen Führers die Grenzen einer bürgerlichen Lebenshaltung überschritten hätte.

Wenn Hugenberg wirklich der olefische Millionär wäre, als der er perschrien wird, so wäre die deutschnationale Volkspartei nicht gezwungen, großenteils das Geld zu sammeln, um die Organisation aufrechtzuerhalten. Wir sind durchaus auf die freiwilligen Spenden und den Opfermut unserer Mitglieder angewiesen.

Lüge:

Hugenberg ist „Sozialreaktionär“.

Wahrheit:

Was heißt „Sozialreaktionär“? Nichts ist sozialreaktionärer als eine Sozialpolitik, die nur den Zweck hat, daß sich die deutsche Arbeiterschaft daran gewöhnen soll, dauernd arbeitslos zu bleiben und mit Wohlfahrtsgeldern auszukommen, die zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel sind. Der wahrhaft soziale Staat, um den wir kämpfen, wird nicht die Aufgabe einer kümmerlichen Besorgung der Arbeiterschaft durch unwürdige Stempelgelber und Wohlfahtsunterstützungen haben, sondern es sich zur Pflicht machen, der Arbeiterschaft das zu geben, was sie braucht: ehrliche Arbeit, ehrlichen Lohn und ehrliches Brot.

Hugenberg sprach am 5. 11. 1928 zur deutschen Arbeiterschaft:

„Es ist einer der häßlichsten und niedrigsten Vorwürfe, der einem verantwortungsbewußten Politiker gemacht werden kann, daß er kein Herz für die breite große Masse seines Volkes habe. Was ist im Grunde genommen die fabrikarte Aufgabe einer jeden gefundenen Politik und damit auch eines jeden wirklichen Politikers? Selnem Volke die Nahrungspflanze zu schaffen und zu verbessern! Wer das nicht kann und erst recht, wer es nicht will, der ist ein Stümper und Vösmist.“

Hugenberg und die DNVP denken nicht daran, den Arbeiter schuldig und sozialistischen Arbeitergebern anzuklaffen. Ebenso scharf wie gegen die falsche Politik mancher Arbeitgeber, kämpft die DNVP gegen die Politik der Gewerkschaften, die es mit ihrer Ueberpannung des Tarifgebens und der Unterfütterung des herrschenden Systems dazu gebracht haben, daß heute 6 1/2 Millionen arbeitslos und 3-4 Millionen Kurzarbeiter sind.

Gregor Strasser, gewiss kein Freund Hugengebgs, sagte in seiner Rede vor der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation am 19. 10. im Berliner Sportpalast: „Ich habe in der Rede Hugengebgs, die er am Sonntag vor dem Sozialpolitischen Ausschuss seiner Partei gehalten hat, Worte gefunden, die man von dieser Seite noch nie gehört hat. Hugenberg hat von der Notwendigkeit einer Entpolitisierung des deutschen Arbeiters gesprochen und die Arbeiterbewegung bejaht.“

Als ablenkende Zwischenrufe erfolgten, entgegnete Strasser: „Ich glaube, daß nichts alles für die Wahl gesprochen war, und daß wir zu einer offenen Politik kommen müssen, die auch den Gegner anerkennt.“

nen muß bis zum Beweis des Gegenteils vom guten Willen.“

Damit hat auch ein Gegner anerkannt, daß Hugenberg nicht Sozialreaktionär ist.

Bedeutend ist, daß diesen Passus in Strassers Rede der „Angriff“ unterschlagen hat.

Lüge:

Hugenberg hat durch die Ostbank den Staat geschädigt.

Wahrheit:

Alle Angriffe, die gegen Hugenberg wegen seiner Tätigkeit in Aufsichtsräten, wie z. B. der Ostbank, gerichtet wurden, sind kläglich zusammengebrochen. Die Untersuchungen haben ergeben, daß nicht nur alles sauber und tadellos war — das war unter Hugengebgs Führung selbstverständlich —, sondern daß Hugenberg erhebliche persönliche Opfer gebracht hat.

In dem Bestreben, gerade dem kleinen Mann, dem kleinen Bauern, Arbeiter und Gewerbetreibenden zu helfen, hat Hugenberg veranlaßt, daß die von ihm geleiteten Unternehmungen ihre flüssigen Mittel bei der Ostbank anlegten. Denn so war es möglich, der notleidenden Wirtschaft in den Grenzgebieten des Ostens die Mittel zuzuführen, die das amtliche Preußen ihnen nicht geben konnte oder wollte. Hierbei ist nichts verbüent worden, sondern — einwandfreie Zeugen haben das anerkannt — ganz große Opfer wurden gebracht, nur um einem großen Teil der ostpreussischen Wirtschaft zu helfen, so sie vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Das geht auch aus einem Schreiben hervor, das der Stellvertretende Vorsitzende im Aufsichtsrat, E. v. von Barock, an Hugenberg gerichtet hat und in dem es u. a. heißt:

„Gleichzeitig im Namen und Auftrag der ostpreussischen Mitglieder des Aufsichtsrats der Ostbank bitte ich, nachdem die Generalversammlung die Auflösung des Unternehmens beschlossen hat, Ihnen aufrichtigen Dank für Ihre opferwillige Fürsorge für das mit der Ostbank eng verknüpfte Wirtschaftstreiben der Provinz auszusprechen zu dürfen. Die großzügige, entschlossene und uneigennützigke Art, wie Sie das infolge der Kapitalarmut der Provinz schon damals zum Zusammenbruch bedrohte Unternehmen in die Hand genommen und finanziell gestützt haben. Ihre Bereitwilligkeit, den ostpreussischen Teil der Ostbank Wirtschaftskreisen der Provinz, wenn diese die Finanzierung ermöglichen könnten, zu überlassen, und schließlich, als Ihren politischen Gegnern die Erschütterung der Bank gelunnen war, die Tatkraft und Opferbereitschaft, mit der Sie eine die Interessen der Provinz nach Möglichkeit währende Lösung herbeiführt haben — alles das wird den an der Ostbank beteiligt gewesenem Ostpreußen unvergessen bleiben.“

Lüge:

Hugenberg unterstützt die jüdische Macht im Scherl-Konzern.

Der Scherl-Konzern läßt sich nur durch jüdische Rechtsanwände vertreten.

Wahrheit:

Die Firma A. Scherl G. m. b. H. beschäftigt ungefähr 6300 Personen. Der Redaktionsstab besteht aus uncaehr 200 Personen. Unter diesem Nebenpersonal befinden sich im Vergleich zu dem sonst in der Presse üblichen Verhältnis nur 2 1/2 Prozent Juden, die weder durch ihre Zahl noch durch ihre Stellung einen ausschlaggebenden Einfluß auf die politische Führung der Scherlblätter ausüben vermögen. Die von nationalsozialistischer Seite als Kronjuden genannten Namen betreffen zudem meist solche Persönlichkeiten, die teils vor Jahren ausgeschieden,

Nur Deutschland!

Eine Wahlbeilage für den denkenden Wähler und die denkende Wählerin

Wahlzeitung der Deutschnationalen Volkspartei im Wahlkreis 11 (Halle-Merseburg)

Nummer 2

Halle (Saale)

Anfang November 1932

Die Vernunft muß siegen! Der Tag der Entscheidung.

Dr. Erich Schmidt, der zweite Kandidat auf der deutschnationalen Wahlliste unseres Landesverbandes, schreibt:

Am 6. November fällt die Entscheidung. Um die Neuwahl des Reichstages geht es. Wir haben in diesem Jahr schon so oft wählen müssen. Es ist menschlich begreiflich, wenn manche Aergernisse fragen, was denn eigentlich bei der ganzen Wählerlei herauskomme. In dieser Stimmung liegt eine ungeheure Gefahr. Denn gerade bei dieser Wahl kommt es darauf an, daß der letzte nationale Wähler und die letzte nationale Wählerin zur Wahl gehen.

Die Bedeutung dieser Wahl wiegt sich schwerer als die der vorausgegangenen Reichstagswahlen. Um was geht es? Zwischen der Wahl zum letzten Reichstag und der heutigen liegen Ereignisse von allergrößter Tragweite. Die letzte Reichstagswahl fand statt, nachdem im Einvernehmen mit Hitler von dem Reichspräsidenten die Regierung Papen eingesetzt worden war. Was waren die politischen Taten dieser Regierung? Sie hat in Preußen die Herren Braun, Severing, Hirtfelder usw. mit der Reichswehr aus ihren Ministerien holen lassen. Sie hat die Grundlage gelegt, endlich den Dualismus von Reich und Preußen zu beseitigen und endlich dafür zu sorgen, daß eine nationale Preußenpolitik die Maßnahmen einer nationalen Reichsregierung unterstützt. Und außenpolitisch? Was hat hier die Regierung getan?

Sie hat erklärt, daß sie das Abrüstungs-theater in Genf nicht mitmache, wenn nicht durch die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung aus diesem Theater eine wirtschaftliche erfolgreiche internationale Konferenz werde.

Das sind die politischen Taten der Regierung. Sie müssen von jedem nationalen Menschen, der nicht durch Parteigeiznis sich bestimmen läßt, anerkannt werden.

Warum gelangte der alte Reichstag zur Auflösung? In ihm hatte sich eine Mehrheit von Nationalsozialisten und Zentrum zusammengefunden. Was wollte sie? Die nationale Politik der Regierung Papen unterstützen und dort Kritik üben, wo es notwendig ist? Nein! Der Parlamentarismus sollte wieder eingeführt werden. An die Stelle einer unabhängigen Präsidialregierung sollte nach dem Willen der schwarz-bräunlichen Koalition wieder eine parlamentarische Regierung gesetzt werden. Wollen wir das? Soll mit dem Parlamentarismus die Politik des Abhandels und der Halbheit wiederkehren?

Wir wollen das nicht! Kein national empfindender Mensch in Deutschland will das. Also zieht die Schlussfolgerung! Unterstützt und stärkt die deutschnationale Bewegung, die einzig und allein sich der Wiedertehr des Parlamentarismus entgegengeworfen hat!

Das ist die politische Bedeutung der Wahl! Darauf kommt es jetzt an. Die politische Linie ist so klar und eindeutig, daß die Gegner der Deutschnationalen sie in diesem Wahlkampf nach Möglichkeit in den Hintergrund drängen wollten. Man verbotte, durch das Herausstellen von wirtschaftspoli-

tischen und sozialpolitischen Fragen das eigene falsche Handeln zu verdecken. Ganz besonders für die Nationalsozialisten gilt das.

Gewiß, auch die Deutschnationalen stimmen keineswegs mit allen Regierungsmaßnahmen überein. Ganz besonders für die sozialpolitischen Verordnungsbestimmungen der Regierung Papen gilt das. Was aber ist die Hauptfrage? Von was hängt unser Schicksal ab? Von der Politik! Das ist das Entscheidende. Deshalb gibt es für die Vernunft nur die Haltung, die wir Deutschnationalen eingenommen haben. Wir haben die nationale Politik der Regierung unterstützt, wir haben aber dort scharfe Kritik geübt, wo es aus sozialen oder anderen Gründen notwendig war. Das ist praktische Arbeit. Damit allein können wir weiterkommen. Eine Koalition von Zentrum und Nationalsozialisten ist an sich schon eine politische Unrechtfertigkeit, aus der die Rettung uns nicht gegeben werden kann.

Versteht man jetzt die Bedeutung der Reichstagswahl? Sie muß eine Unterstützung und Förderung der deutschnationalen Bewegung bringen. Darauf kommt es jetzt an. Jeder von uns kann dazu beitragen. Tun wir deshalb unsere Pflicht! Nur eine Wahlparole kann es für uns geben:

Deutschnational! Liste 5.



Ob dieses Bild falsch gezeichnet? Es stellt Hitler und Brüning Arm in Arm dar. Es gibt die im letzten Reichstag benutzte schwarz-bräunliche Koalition wieder. Soll diese schwarz-bräunliche Koalition sich durchsetzen können? Nur ein harter Wahlsieg der Deutschnationalen vermag das zu verhindern. Merkt es deshalb: wer braun, d. h. nationalsozialistisch wählt, wählt damit gleichzeitig schwarz. Wer schwarz wählt, wählt damit gleichzeitig rot. Der denkende Wähler und die denkende Wählerin wählen deshalb nur schwarz-weiß-rot, also nur deutschnational, Liste 5!



„Nieder mit dem Kapitalismus!“



„Ach, was nun?“

Nie wieder Sozialismus!

Langsam drücken es alle begriffen haben, daß wir unter der fast 14jährigen Herrschaft des schwarz-roten Systems in das heutige soziale und wirtschaftliche Elend hineingekommen sind. Ein Leben in „Freiheit, Ehre und Würde“ hatte die Sozialdemokratie für den Fall ihres Sieges den Massen des Volkes versprochen. Als sie dann zur Macht kam, da wurde unter dem Zeichen des Sozialismus regiert. Die Folgen haben wir noch heute zu tragen. Wie haben genug davon!

Trotzdem aber wollen heute auch im nationalen Lager viele den Wählern und Wählerinnen vorreden daß doch der Sozialismus die alleinige Rettung bringen könne. Sie reden von einem „deutschen Sozialismus“. Was ist denn das? Erstlich es, der deutsche Sozialismus sei das Gegenstück der marxistischen Sozialaufstauung. Und jetzt? Greifen wir ein Beispiel heraus. Am 8. September schrieb die nationalsozialistische „Schlesische Tageszeitung“ wörtlich folgendes:

„Die Fronten haben sich geklärt. Der sozialistische Gedanke, der das ganze deutsche Volk beherrscht, beginnt das zusammenzuführen, was durch lange Diktatur und verächtliche Epochen gegeneinander gehetzt wurde. Ueber dem Volk, das bereit ist, für seine Freiheit zu kämpfen, weht die rote Fahne des Sozialismus, die Fahne der deutschen Revolution.“

Hätten diese Säue nicht ebenso auf im „Bismarck“ der Sozialdemokratie, oder sogar in der „Aktion Rabe“ der Kommunisten stehen können? Hier haben wir den Beweis dafür, daß die Deutschnationalen recht gehabt haben, wenn sie immer wieder warnten daß auf hinweisen, daß jedes Spiel mit dem sozialistischen „Gedankengut“ naturunvermeidlich zum Marxismus enden muß.

Und jetzt soll eine neue Auflage des Sozialismus uns retten können? Niemals wird das der Fall sein! Deshalb ist es notwendig, daß gerade die nationale Front sich von der sozialistischen Verleumdung reinhält und eindeutig und klar auf die nationale Rettung des Vaterlandes hinarbeitet. Dabei für die Gewinnung der Wirtschaft für die soziale Gerechtigkeit sorgt.

Es ist heute zeitgemäß, die Frage aufzuwerfen, weshalb denn nicht sozialisiert worden ist, als schon einmal Sozialisten, und zwar die Sozialdemokratie, die Macht dazu hatten. Der bekannte sozialistische Gewerkschaftsführer Tarnow veröffentlichte in

diesen Wochen in der freigewerkschaftlichen Presse einen Aufsatz „Ist die Wirtschaft sozialisierungsreif?“ Was da aus-schließt wird, verdient zum Teil festgehalten zu werden. Herr Tarnow meint nämlich, die Sozialisierungsfrage einer Volkswirtschaft hängt von dem Grad der ökonomischen Entwicklung und von dem Willen des Volkes ab. Dann führt er aus, weshalb nach der „Siegreichen Revolution“ nicht hätte sozialisiert werden können. Herr Tarnow tut das in folgenden Sätzen:

„Man muß dabei bedenken, daß die Massen vom Sozialismus eine Verbesserung ihrer materiellen Lage erwarteten nicht in ihrer ferneren Zukunft für spätere Generationen, sondern für sich selbst in der Gegenwart. Die Umwandlung der Wirtschaft muß also die Aussicht bieten, als bald den allgemeinen Lebensstandard verbessern zu können. Das ist nach der gegebenen Situation nur möglich, wenn der volkswirtschaftliche Ertrag ansteigert werden kann. Als am Ende des Weltkrieges der Arbeiterklasse eine große politische Macht zufiel, war diese Aussicht ganz bestimmt nicht vorhanden. Der Produktionsapparat war desorganisiert, zertrümmert. Es herrschte ein völliger Mangel an Warenvorräten, an Rohstoffen und Lebensmitteln. Tausende mußten alle Kräfte und Möglichkeiten erschöpfen werden, nur um das deutsche Volk mit dem nächsten Leben über die Zeit des absoluten Mangels hinwegzubringen. Der Versuch, gleichzeitig eine neue Wirtschaftsordnung aufzubauen, hätte in einer fürchterlichen Katastrophe enden müssen. Die Antwort es unter solchen Verhältnissen ist ein neues Wirtschaftssystem einzuführen, das ist sehr deutlich an den Lebensbedingungen der russischen Revolution zu erkennen. Im Oktober 1917 vollzog sich der bolschewistische Umsturz. Am 15. Dezember wurde der zentrale Volkswirtschaftsrat errichtet und mit der Aufgabe betraut, die wirtschaftliche Reorganisation durchzuführen. Aber trotz verzweifter Mühen ergriffen wurde die zentrale Volkswirtschaftsverwaltung im Jahre 1918 im Durchschnitt 751.000 Rubel, während im Jahre 1919 dagegen nur 390.000 Rubel, und im folgenden, im dritten Jahre der Neuordnung, sank der Ertrag noch weiter auf 276.000 Rubel. Die Güterherzeugung hatte im ersten Halbjahr 1918 129 Millionen Rubel getragen. Im ersten Halbjahr 1920 konnten nur 27 Millionen Rubel erreicht werden. Die Zertifikatswerte

Der Städler und der Landwirt, der Mittelständler und der Beamte, der Arbeiter und der Angestellte, alle Berufsstände wählen
nur deutschnational, Liste 5.

